

---

**2070/J-BR/2003 BR. GP**

---

**Eingelangt am 15.05.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Christoph Hagen und Ilse Giesinger)

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Einsparungen durch die Übertragung der Bundesstraßen an die Länder

In dem beim Reformdialog für Österreich am 29. Oktober 2001 von der Bundesregierung vorgestellten Verwaltungsreformpaket wurde hinsichtlich der Übertragung der Bundesstraßen an die Länder ausgeführt (Seite 11), dass damit auf Bundesebene 70 Dienstposten eingespart werden können. Dies ergebe sich daraus, dass durch die Veränderung der Bundesstraßen B die diesbezügliche Tätigkeit im BMVIT ersatzlos entfallen werde.

In der Anfragebeantwortung 1777/AB-BR/2002 vom 25. Juni 2002 hat der frühere Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie mitgeteilt, dass tatsächlich lediglich von einer Größenordnung von 30 einzusparenden Planstellen ausgegangen werden könne. Die Arbeiten im Zuge der Reorganisation des Bundesministeriums seien aber noch nicht abgeschlossen, weshalb noch keine genauen Angaben gemacht werden könnten.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

### **A n f r a g e :**

1. Ist die Reorganisation des Bundesministeriums und die Änderung der Geschäftseinteilung inzwischen abgeschlossen?
2. Wieviel und welche Planstellen wurden bzw. werden durch die am 1. April 2002 wirksam gewordene Übertragung der Bundesstraßen an die Länder im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie - insbesondere im Bereich der bisherigen Sektion Bundesstraßen - tatsächlich eingespart?
3. Wie wird bei der Umsetzung dieser Planstelleneinsparung vorgegangen?
4. Wieviel Planstellen und welche Organisationseinheiten werden in den bisher mit den übertragenen Bundesstraßen befassten Bereichen der Bundesverwaltung bestehen bleiben?
5. Welche Tätigkeiten werden diese Bediensteten weiterhin ausüben?
6. Welche Organisationseinheiten sind nach der Reorganisation mit Aufgaben der Straßenverwaltung betraut und wie lautet die dafür getroffene Geschäftseinteilung?